

**Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

**Der Oldenburgische Volksfreund**

**Oldenburg**

No. 43, 30. Mai 1849

**urn:nbn:de:gbv:45:1-4866**

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlags-Handlung angenommen.

## Die Deutsche Reichsverfassung.

Als am 20. März d. J. die Deutsche Verfassung in Frankfurt endgültig festgesetzt war, erscholl ein Jubelruf durch ganz Deutschland. Nun glaubte man endlich einen festen Boden unter den Füßen gewonnen zu haben; nun, glaubte man, sei die so lange ersehnte Deutsche Einheit eine Wahrheit geworden; denn alle Parteien hatten sich ja in der Paulskirche über der Verfassung die Hand gereicht; nun, hoffte man, würde Deutschland die ihm gebührende würdige Stellung nach Außen hin einnehmen; denn der mächtigste Deutsche Staat, der Militärstaat Preußen, war ja an die Spitze des Reichs gesetzt worden. Die Zweifel und Bedenken, welche in den Politikern aller Parteien in Bezug auf die Deutsche Verfassung auftauchten, wurden in dem allgemeinen Jubel einseitig unterdrückt; und die große Masse des Volks, welche jene Zweifel und die näheren Bestimmungen der Verfassung überhaupt nicht kannte, identificirte ohne Weiteres die Deutsche Verfassung mit Deutscher Einheit, Freiheit und Macht, und sah daher in Jedem einen Verräther des Vaterlandes, der nicht mit ihr für die Durchführung der Verfassung schwärmte.

Jener Jubel hat bald aufgehört: die Verfassung steht da auf dem Papiere, aber existirt nicht in der Wirklichkeit. Die größten Deutschen Staaten ( $\frac{3}{4}$  von ganz Deutschland) haben dieselbe nicht anerkannt, und der Schlussstein der Verfassung, der Deutsche Kaiser, fehlt noch immer. Alle geseglichen wie ungeseglichen Agitationen zu Gunsten der Verfassung sind bis jetzt vergeblich gewesen; ja die letztern, die blutigen Aufstände, denen sehr viele unreine Elemente beigemischt waren, haben

dem Verfassungswerke mehr geschadet als genützt. Das Frankfurter Parlament, dieser Einheitspunkt Deutschlands, ist so gut wie gesprengt; die Centralgewalt Deutschlands scheint jetzt nicht einmal von dem engern Bundesstaat unter Preußen überhaupt etwas wissen zu wollen, Preußen arbeitet mit Hannover und Sachsen an einer neu zu octroyirenden Verfassung, Oestreich möchte den alten Bundestag wiederhergestellt haben, Baiern schwankt zwischen Oestreich und Preußen rathlos hin und her, und inzwischen lassen die kleinern Deutschen Staaten die Deutsche Reichsverfassung in ihren Ländern und Ländern publiciren, und verpflichten oder vereidigen auf dieselbe: Das ist die Deutsche Einheit, welche die Deutsche Verfassung in der Wirklichkeit geschaffen hat.

Wer ist Schuld daran, daß es so gekommen ist? „Die Fürsten, die Regierungen,“ ruft man uns von allen Seiten zu: „sie haben nur ihre particularistische dynastischen Interessen im Auge: und die süße Gewohnheit des souverainen Regierens hat sie unfähig gemacht, der Volksfreiheit und der Einheit Deutschlands irgend ein Opfer zu bringen. Das Volk, das ganze Volk, war und ist noch immer für die Verfassung: das beweisen die Aussprüche unzähliger Volksversammlungen, unzähliger Clubs, die Erklärungen von Corporationen, wie von ganzen Ständeversammlungen, das beweisen endlich die blutigen Schilderhebungen in Sachsen, in der Pfalz, in Baden und an andern Orten!“ Was zuerst letztere anbetrifft, so ist man doch wohl allmählig zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Durchführung der Deutschen Verfassung wenigstens nicht der einzige Beweggrund für jene Bewegungen gewesen sei. In Volksversammlungen gehen die Arme immer munter in die Höhe, wo

sich nur ein tüchtiger Redner findet, und wenn es nachher so schön in den Zeitungen heißt: Tausende von Händen erhoben sich begeistert für die Deutsche Sache, so weiß man schon, was davon zu halten ist. Viele von jenen Händen, welche so enthusiastisch für die radicalsten Beschlüsse in die Höhe fahren, werden sehr langsam in die Tasche und noch langsamer zum Schwerte greifen, wenn es gilt für die Freiheit Opfer zu bringen. In den Clubs sprechen sich meistens nur die extremen Parteien aus; der größte Theil unseres Volks, und gerade die Besitzenden, verhält sich meistens bei politischen Angelegenheiten noch ganz indifferent. In den Corporationen und Ständeversammlungen hat sich im Ganzen keine durchaus entschiedene Majorität für die unbedingte Annahme der Frankfurter Beschlüsse herausgestellt (z. B. in der aufgelösten Preussischen Ständekammer, neuerdings in der Baierschen; die radicale Sächsische Kammer hielt anfangs durchaus den Preußen-feindlichen, particularistischen Standpunkt fest); — und endlich hat auch die ultramontane Partei, die specifisch preussische, wie die antipreussische, die particularistisch-hannoversche, wie die österreichisch oder bairisch gesinnte, es ebenfalls gar nicht an Gegendemonstrationen fehlen lassen.

Wenn wir dessenungeachtet annehmen, daß anfangs wirklich der größte Theil des Deutschen Volkes die Anerkennung der Verfassung gewünscht habe, so müssen wir uns fragen: „welche Gründe bestimmten ihn dazu, und sind diese so erheblich und so wichtig, daß wir auch jetzt noch, trotz aller der eingetretenen Hindernisse, mit allen Kräften für die Verwirklichung der Verfassung kämpfen müssen.“

Abgesehen von den unreinen Motiven, welche Manche beseelen, sind es besonders folgende Gründe, welche die Annahme der Reichsverfassung wünschenswerth, ja nothwendig erscheinen lassen:

1. ein formeller Grund: „Das Deutsche Volk in seinen Vertretern zu Frankfurt hat vermöge seiner Souveränität die Deutsche Verfassung abgeschlossen: darum müssen wir sie annehmen, sie mag nun zu unserm Heile oder zu unserm Verderben gereichen!“ — Zunächst müssen wir hierbei bemerken, daß bei der Feststellung der Verfassung ein großer Theil, die ganze Oesterreichische Partei, mitgestimmt hat, welche eigentlich gar nicht dazu berechtigt war, weil sie an dem neu zu errichtenden engern Bundesstaate unter Preußen später weder Theil nehmen konnte noch wollte; sondern im Gegentheil in mancher Hinsicht wünschte und dahin strebte, daß dieser engere Bund gar nicht zu Stande komme. Durch unnatürliche Coalitionen mit dieser Partei, durch verfängliche Pacte, wurde bekanntlich nach langer

Mühe endlich jene Verfassung zu Stande gebracht, die so, streng genommen, nicht als der wirkliche Gesinnungsausdruck der Majorität unserer (in dem neu zu errichtenden engern Bundesstaate befindlichen) Vertreter angesehen werden kann. Ueber die Volkssouveränität, ferner über das absolute Recht der Frankfurter, die Verfassung endgültig festzusetzen, will ich keine weitläufige Untersuchung anstellen. Vom Rechte ist in revolutionären Zeiten schlimm zu sprechen, und zuletzt ist im politischen Leben überhaupt das Recht immer da, wo die größte (moralische oder physische) Kraft sitzt. Auch zugegeben, daß die Fürsten in dem Drange der Noth der Versammlung stillschweigend das Recht eingeräumt haben; — so ist und bleibt dieses Recht doch immer nothwendig ein durch die Verhältnisse (wenn auch nicht durch bestimmte Sagen), beschränktes Recht. Hatte man die Fürsten und einzelnen Regierungen einmal fortbestehen lassen in all ihrer Kraft, so mußte man auch ferner auf sie Rücksicht nehmen und wir können es nur beklagen, daß man bei der zweiten Lesung so wenig auf die Wünsche der Regierungen eingegangen ist oder vielmehr wegen der unnatürlichen Parteibildung nicht eingehen konnte.

Wenn uns dessenungeachtet ein schmerzliches Gefühl ergreift, daß jene große Versammlung, in welcher viele edle Deutsche Männer tagten, freilich nicht vergebens gearbeitet hat, aber doch auseinandergehen muß, ohne ihr großes Werk vollendet zu haben: — so dürfen wir doch über der Ehre der Nationalversammlung nicht das Wohl und die Ehre Deutschlands vergessen, und müssen die Verhältnisse nehmen, wie sie sind. Die Wirklichkeit, sagen wir mit unserm Abgeordneten v. Buttel, deren nackte Wahrheit man sich nicht vorenthalten soll, hat sich so gestaltet, daß nach Allem dem, was vorgekommen, schwerlich noch Hoffnung vorhanden ist, die Verfassung in friedlicher Weise buchstäblich durchzusetzen und eben so wenig Aussicht, durch eine gewaltsame Revolution solche Anerkennung erzwingen zu können.

Hiermit wäre eigentlich Alles erschöpft, was sich über die Verfassung sagen ließe: denn ist ihre Durchführung wirklich unmöglich, so kann es uns am Ende gleich sein, welchen Werth die Verfassung selbst besitze. Doch wir wollen auch diesen Punkt noch kurz betrachten.

2. „Wir müssen die Verfassung durchführen, weil durch ihre Annahme die Deutsche Einheit, Freiheit und Macht festgegründet wird.“ Das ist der zweite materielle Grund, den, wie gesagt, ein großer Theil unseres Volkes zu dem seinigen gemacht hat. — Und doch ist diese Ueberzeugung eine sehr gewagte und unsichere: die Deutsche Verfassung trägt deutlich die Spur ihres zweideutigen Ursprungs an sich und ist so zu sagen nur eine Art

Waffenstillstand zwischen den Parteien, keine Verfassung, die, organisch entstanden, auch auf eine organische lebenskräftige Entwicklung mit Recht hoffen ließe.

Ich führe die Worte eines Mannes an, der bis in die neueste Zeit, wo Worte und Begriffe sich wunderbar verwirren, immer für deutsch und liberal gegolten hat. Hansemann sagt in seiner Bemerkung zur Deutschen Verfassung S. 67:

„Deutschlands Macht und Einheit ist durch Deutschlands Einigkeit und durch Preußens Macht bedingt. Nach allen Erfahrungen ist die Einigkeit zwischen Ländern, in welchen die verschiedenartigsten Richtungen und Verwaltungsformen herrschen, nur dann durch Mediatifirung der Einzelstaaten zu erreichen, wenn eine dictatorische Militairgewalt, mit einstweiliger Unterdrückung der politischen Freiheit, die Mediatifirung durchsetzt. Auf einer Seite aber die politische Freiheit eines bisher in der politischen Unfreiheit gewesenen Volkes auf ein höheres Maß feststellen zu wollen, als dasselbe in Europa bisher von irgend einer europäischen Nation hat ertragen werden können, und auf der andern Seite die Staatsgewalt der Einzelstaaten, unter vielfacher Verletzung ihrer Interessen, zu paralyfieren und die obere Verwaltung nur einer neuen, schwach begründeten Centralgewalt zu übertragen — dieser durch die Deutsche Verfassung beabsichtigte Versuch würde, wenn seine Ausführung unternommen werden sollte, höchst wahrscheinlich das Deutsche Vaterland nicht einig, sondern schwach und ohnmächtig im Innern und dem Auslande gegenüber machen.“

Man sagt freilich, der künftige Reichstag könne die einzelnen etwaigen Mängel der Verfassung, z. B. das Wahlgesetz, das Veto ic. abändern und verbessern. Aber, frage ich, welch' einen Reichstag würden wir nach jetzigem Wahlmodus erhalten? Lange vor der neuesten Katastrophe wurden Männer, wie Bassermann, Welcker, Dahmann ic. von den Stimmführern des Volkes als Reactionäre gebrandmarkt, und nicht nur keine Männer der Rechten, sondern wahrscheinlich auch wenige von den Centren würden in dem neuen Reichstag ihren Platz finden; — denn das dürfen wir uns nicht verhehlen, die große Masse des Volkes theiligt sich noch immer sehr wenig an politischen Angelegenheiten oder dient meistens einzelnen Wortführern als Werkzeug. Haben doch bei den Wahlen zu unserm Landtage, der doch die Interessen der Leute so nahe berührt, in einem Orte 17 Urwähler 18 Wahlmänner gewählt, und ähnlich an andern Stellen. Nach meiner Ueberzeugung würde der neue Reichstag bei der Revision der Verfassung dieselbe eher verschlechtert als verbessert haben. — H. v. Büttel meint ferner, wenn ein großer Mann auf Preußens Thron gesessen hätte,

so würde er die Zügel rasch ergriffen haben und — für die fernere Entwicklung sich und dem Genius des Volkes vertraut haben. — Ein großer Mann freilich weiß seinen eignen Weg zu gehen; ein großer Mann würde uns möglicherweise die Einheit bringen, aber vielleicht auf dem Wege, den Napoleon einschlug, um in Frankreich die Ruhe und Einheit herzustellen.

Ferner führt man als Grund für die Annahme der Verfassung an, daß dadurch der Revolution ein Ende gemacht und die blutigen Aufstände vermieden worden wären. Wir können diese Hoffnung nicht theilen. Freilich hätte vielleicht die Verfassung unsere Deutsche Zerissenheit, unsere Blößen und Schäden, einstweilen verschleiert und oberflächlich bedeckt; — aber die krankhaften Stoffe, die communistic-rothrepublikanischen, revolutionären Tendenzen sind viel zu tief in das Volk eingedrungen, als daß sie nicht über kurz und lang gewaltsam hätten ausbrechen sollen, und wie man jetzt die Deutsche Fahne als die Revolutionsfahne aufpflanzt, — so hätte man auch späterhin wohl eine andere Fahne finden können, unter der man für die rothe Republik kämpfte. — Da außerdem die Interessen der Einzelstaaten durch die Verfassung mannigfach verletzt werden, hätte man vielleicht noch eine neue Art Aufstand, particularistischer Tendenz, erhalten.

Endlich meint man, würde durch die Verfassung der Absolutismus für immer gebrochen. — Das ist auch nur scheinbar. Wäre Preußen perfide gewesen, so hätte es die Verfassung augenblicklich annehmen können, ohne die redliche Absicht sie durchzuführen. — In den nächsten Jahren, wenn vielleicht im Innern Unruhen und von Außen Krieg uns bedrohte, war noch immer Zeit und Gelegenheit vorhanden, die Verfassung gewaltsam wieder aufzuheben, und würde nicht der größte Theil des Volkes, (namentlich des Preussischen Volkes, welches überdies das Aufhören seiner Preussischen Souverainetät nur ungern verschmerzt), durch Krieg und Anarchie geschreckt, eben so gut wie das Französische Volk 1815, Ruhe und Sicherheit der Freiheit geopfert haben? — Bis die Verfassung wirklich in's Fleisch und Blut des Volkes übergegangen wäre, würde es gewiß noch vieler Jahre bedürfen. Daß Deutschland jetzt nicht zu der Einheit und zu dem Grade von Freiheit gelangen kann, wie Viele es wünschen, daran sind nicht sowohl Einzelne, als vielmehr unsere Verhältnisse Schuld. Wir Deutsche sind seit Jahrhunderten uneinig gewesen, sind in so viele verschiedene, zum Theil feindselige Stämme geschieden, haben so verschiedene Institutionen und Interessen, daß eine solche innige Vereinigung, wie die Verfassung sie will, unmöglich und unausführbar erscheint. — Dasselbe gilt von der Freiheit, die wir erstreben. Vom Absolutismus zur rein

demokratischen Monarchie, die eigentlich der Republik gleichkommt, ist ein Sprung, den kein Volk je mit Glück gewagt hat.

Die Bewegung dieses Jahres, die Arbeit der Nationalversammlung wird darum nicht verloren gehen: der alte Bundestag ist unmöglich geworden. Unsere Hoffnung ist und bleibt immer noch Preußen.

Die kleineren Deutschen Staaten, namentlich die von Preußen und Hannover eingeschlossenen, müssen, wohl oder übel, sich dem fügen, was die größeren beschließen, so schmerzlich es auch sein mag, seine eigene Ohnmacht einzugehen. Oldenburgs Schicksal wird kein anderes sein.

Wird nur ein wirklicher einheitlicher Bundesstaat gebildet, mit einer starken und dauerhaften Central-Regierung an der Spitze, sowie einer Vertretung des Volks und der Staaten in einem Volks- und einem Staatenhaufe; — so wird das Nationalgefühl in Deutschland befriedigt werden, und man würde im Drang der Umstände sich über den Schmerz der verletzten Volkssouveränität beruhigen.

### Aus amtlichen Berichten.

Die letzten Nachrichten von unsern Truppen im Sundewitt sind vom 27. d. M. und melden, daß noch immer Alles ruhig. Das erste Bataillon liegt in Schnabel, Blans, Ballegaard und Ost-Satrup auf Vorposten; das zweite Bataillon steht in Satrup, das vierte in Rackebüll, die Batterie Räder ebendasselbst; das Feldlazareth beim Brigadestabe zu West-Schnabel und die Munitions-Colonne in Gravenstein.

Durch ausgewechselte Kriegsgefangene ist die Nachricht eingegangen, daß die Dänen durch die Kanonade am 17. d. M. sechs Mann verloren haben. Ebenfalls hat es sich durch die Wiederherstellungsarbeiten ergeben, daß die Schiffbrücke zwischen Sonderburg und Ufen und dem diesseits gelegenen Brückenkopf durch unsere Batterien beschädigt worden ist.

Am 26. d. M. war das Feldlazareth unter dem Oberarzt Dr. Meinecke bei der Brigade Ranzow eingetroffen.

### Aus der Grafschaft Delmenhorst.

#### I. Verschiedenheit der Auffassung.

Nach den Neuen Blättern waren am 20. d. M. auf dem Marktplatz zu Delmenhorst Tausend

Männer zugegen. Das Delmenhorster Kreisblatt spricht von nur 300 Zuhörern, Frauen und Kinder miteinbegriffen. Sicherem Vernehmen nach soll die letztere Auffassung die richtige sein.

Die Sache ist übrigens ohne alle Bedeutung; da aber von einer Seite her von der großen Zahl von Männern und dem Enthusiasmus, der den der Oldenburgischen Volksversammlung noch überboten haben soll, viel Aufhebens gemacht wird, erlauben wir uns in dieser Angelegenheit die Wahrheit zu vertreten.

#### II. Politische Bildung. Unglaubliches.

Zur Wahl der Wahlmänner hat aus dem Kirchspiele Stube sich Niemand eingefunden. (Ein Urwähler hatte einen Stimmzettel abgefordert, aber nicht zurückgeliefert.) Dieses Kirchspiel wird demnach bei der Abgeordneten-Wahl sich nicht betheiligen. In einem andern Kirchspiele sollen die Wahlmänner Diäten verlangt haben.

### Wahl der Wahlmänner im Kirchspiel Delmenhorst.

#### 1. in der Stadt:

Stimmberechtigt mögen etwa sein 225—250. Stimmzettel sind abgefordert 204.

Von diesen sind wieder abgeliefert 169. Gewählt sind:

Goose, Bürgermeister, 87 Stimmen; Pfaff, Kaufmann, 85; Hofmeister, Amtsassessor, 84; v. Lindern, Hülfsprediger, 81; Lampe, Secretair, 79; Lubach, Rechnungsteller, 71; Hoyer, Rathsherr, 70.

#### 2. in der Landgemeinde:

Stimmberechtigt etwa 60—70.

Es sind 9 Stimmzettel abgegeben.

Gewählt sind:

Frisius, Inspector, 8 Stimmen; Hoyer, Kirchspielsvogt, 5.

Für die Wahl zur Synode, von welcher 44 Katholiken und Juden ausgeschlossen waren, wurden von den Stimmberechtigten des Kirchspiels Delmenhorst 268 Stimmzettel abgefordert, von denen reichlich 230 zurückgeliefert wurden.

In Minsen haben 4 Urwähler 4 Wahlmänner, in Langwarden 13 Urwähler 7 Wahlmänner gewählt.

Der

# Oldenburgische Volksfreund.

Mittheilungen aus allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Erster Jahrgang.

Er scheint wöchentlich zweimal, am Mittwoch und Sonnabend, jedesmal einen halben Bogen stark. — Preis für das Quartal 18 Grote, durch die Post bezogen 24 Grote Courant. — Bestellungen werden von allen Postämtern, so wie von der Verlags-handlung angenommen.

## Volksversammlung in Jever am 28. Mai.

Die Volksversammlung in Jever fand vor dem „Hofe von Oldenburg“ Statt; unter den Linden, welche längs der Vorderseite des Wirthshauses stehen, war die Tribüne aufgeschlagen. Die Zahl der Versammelten mochte gegen 400 betragen, unter denen sich sehr wenige Einwohner der Stadt befanden. Die Bewohner des Landes, ziemlich viele Wittmunder und — das schöne Geschlecht, dessen Anzahl sich durch die vielen Sonnenschirme kenntlich machte, bildeten den größten Theil. Die Versammlung, obwohl sie auf 2 Uhr angesetzt war, wurde doch erst 3 1/2 — 4 Uhr durch Hrn. von Freedden eröffnet, der Hrn. von Thünen zum Präsidenten vorschlug. Dieser forderte sodann auf, die von der Regierung anerkannte und publicirte Reichsverfassung zu vertreten und zu verteidigen. Darauf las Hr. von Freedden eine sehr energische Adresse an die National-Versammlung vor (denn, wie er sagte, „wir haben schon so viele zahme Adressen nach Frankfurt geschickt, man muß ihnen dort einmal ordentlich die Wahrheit sagen“), wornach die Abgeordneten zum Bleiben aufgefordert wurden, unter dem Versprechen, daß die große Mehrheit der Nation und auch noch andere sonstige Freunde (so ist es mehrfach verstanden worden, hoffentlich falsch) sie schützen würden. Nach zweimaliger Vorlesung wurde sie natürlich ohne Discussion angenommen.

Endlich wurde von Hrn. von Freedden eine zweite Adresse an die Staatsregierung vorgelesen, welche die Aufforderung enthält, schleunigst eine allgemeine Volksbewaffnung einzuführen. Ueber diesen Punkt sprachen besonders die Hrn. Dr. Böckel (der „politische Reifepre-

diger“) und v. Freedden. Letzterer ging noch weiter, als der Inhalt der Adresse; er meinte, der Regierung die Sache zu überlassen, würde zu langsam gehen und zu Nichts führen; man sei schon so oft getäuscht; besser sei es, das Volk nehme die Sache selbst in die Hand und bewaffne sich, obwohl er anerkenne, daß die Volksbewaffnung an sich keine leichte Sache sei, und forderte schließlic auf, überall in den einzelnen Kirchspielen dem Beispiele Jever's zu folgen, wo sich die Anfänge einer Bürgerwehr so gut anließen, — daß sie jetzt schon aus 20 Mann besteht. Böckel dagegen sprach sich dafür aus, daß die Regierung die Sache angreife. So wurde denn die Aufforderung an die Regierung zur Organisation einer Volksbewaffnung genehmigt; es schienen bei dieser Abstimmung bedeutend weniger Hände sich zu erheben, als bei der ersten Adresse; auch entfernten sich Einige vor der Abstimmung.

Anträge auf Beerdigung des Militärs und der Beamten auf die Reichsverfassung, ebenso der: die Militärmacht der Nationalversammlung zur Verfügung zu stellen, wurden wegen Uneinigkeit der Redner zurückgezogen, indem Hr. v. Thünen sich dagegen opponirte und sie nicht zur Abstimmung bringen wollte. Darauf wurde die Versammlung geschlossen, nachdem Böckel die anwesenden Wahlmänner für die Nationalversammlung aufgefordert hatte, sich mit ihm im Hofe von Oldenburg zu versammeln, um über die Ansichten Jever's mitzutheilen, „die von denen der Oldenburger wohl abweichen würden,“ wie er lächelnd bemerkte.

So endete die Volksversammlung, die matt und ohne jede Spur von Begeisterung verlief; Resultat: zwei Adressen, die voraussichtlich ohne Wirkung bleiben werden.